

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Brandenburg 2014

Der Brandenburgische Volkshochschulverband e.V. (BVV) hat die nachfolgenden Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Brandenburg formuliert. Diese fassen die wesentlichen Erwartungen an die Weiterbildungspolitik in der neuen Legislaturperiode zusammen. Die Parteien erhalten Gelegenheit, sich dazu zu positionieren. Die Antworten werden wir mit unseren Mitgliedern und dann öffentlich aus.

1. Stellenwert der Volkshochschulen in der Bildungspolitik des Landes stärken

In Brandenburg sind mit der Verankerung des Rechts auf Weiterbildung in der Verfassung und dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz die rechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Netzwerks von öffentlichen und privaten Trägern der Weiterbildung geschaffen worden. Bei der Umsetzung dieses gesetzlichen Auftrags sind die Volkshochschulen wichtigster Partner. Dem Erfordernis des lebenslangen Lernens verpflichtet, entwickeln sie Angebote, die Kompetenzen zur Lebensgestaltung, zum sozialen Handeln, zur Teilhabe an demokratischen Prozessen und zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit vermitteln.

Wie spiegeln Ihr Wahlprogramm und Ihr künftiges Regierungshandeln den Stellenwert der öffentlich verantworteten Weiterbildung durch die Volkshochschulen im Gesamtkontext der Bildungspolitik wider?

2. Gesellschaftliche und berufliche Teilhabe für alle durch Bildung an Volkshochschulen ermöglichen

Volkshochschule ist überall im Land Brandenburg die verlässliche Institution der kommunalen Daseinsvorsorge für eine bürgerorientierte Weiterbildung. Sie ist Seismograph für aktuelle Bildungsbedarfe, die die zunehmend komplexen Anforderungen an den Einzelnen widerspiegeln. Bei hoher Flexibilität bietet sie den Bürgern ein differenziertes und professionelles Bildungsprogramm im allgemeinen, politischen, kulturellen und beruflichen Bereich. Während die berufliche Weiterbildung bereits politische Unterstützung erfährt, geraten die anderen Bereiche der Weiterbildung jedoch häufig aus dem Blick.

Messen Sie der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung einen ebenso hohen Wert bei wie der beruflichen Qualifizierung? Wie drückt sich das in Ihrem politischen Handeln aus?

3. Bildungszugänge über Grundbildungszentren an Volkshochschulen ermöglichen

Aktuelle Studien wie PIAAC und Leo haben bei Erwachsenen erhebliche Defizite in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen und Umgang mit Medien nachgewiesen. Die Volkshochschulen bieten seit Jahren bewährte Grundbildungskurse mit zielgruppenspezifischer Ausrichtung an. Seit 2006 werden diese Angebote aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes zusätzlich gefördert. Die bisherige Förderung für Kurse reicht allerdings nicht aus, um die Betroffenen zu erreichen und in ihrem Bildungsprozess individuell zu begleiten. Ein nachhaltiges Modell wäre die Einrichtung von Grundbildungszentren an Volkshochschulen wie beispielsweise in Niedersachsen. Damit werden vorhandene Strukturen und Erfahrungen genutzt, um intensiver auf verschiedene Zielgruppen zuzugehen und geeignete Angebote in der Region zu koordinieren.

Unterstützen Sie die Einrichtung von Grundbildungszentren an Volkshochschulen? Welche Finanzierungsmöglichkeiten sehen Sie dafür?

4. Nachhaltige Finanzierung der Weiterbildung an Volkshochschulen sichern

Mit einer Landesförderung von 0,79 Euro pro Einwohner für die Grundversorgung an Volkshochschulen gehört das Land Brandenburg zu den Schlusslichtern im bundesweiten Vergleich (Bundesdurchschnitt: 1,64 Euro). Bisherige Kostensteigerungen für Infrastruktur, Sach- und Personalkosten müssen durch Kommunen und Teilnehmer aufgefangen werden. Herausforderungen durch die schwierige Erreichbarkeit von Weiterbildungseinrichtungen im ländlichen Raum, eine erhöhte Nachfrage in urbanen Ballungszentren und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung sind mit dem vorhandenen Finanzierungsvolumen nicht zu bewältigen. Deshalb fordern wir eine angemessene Erhöhung der Landesförderung für die Grundversorgung an Volkshochschulen von jetzt 18,93 auf 25 Euro je Unterrichtseinheit (insgesamt ca. 700.000 Euro) und für Qualitätssicherung und Vernetzung durch den Verband von jetzt ca. 69.000 auf 120.000 Euro. Zum Vergleich: Eine Anhebung auf den Bundesdurchschnitt würde eine Erhöhung des Landeszuschusses um zirka 2 Millionen Euro erfordern.

Wie bewerten Sie die Finanzierungssituation der Volkshochschulen und des Verbands? Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Volkshochschulen als Grundversorgungsträger für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stärken?